

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XL/3

Bonn, den 14. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Vor der Tür zum Schloß Rambouillet

99

Der Themenkreis bei den Gesprächen de Gaulle-Erhard

3

Regierungsgewalt in Erbpacht ?

48

Unfromme Wünsche der Koalitionsparteien

4 - 5

Kulissenkrampf

86

Erhards Stellung innerhalb der CDU

6

Schweden weiter vorbildlich - Einmalige Berechnungsstätte

Das Wenner-Gren Center in Stockholm

Vor der Tür zum Schloß Rambouillet

Der Themenkreis bei den Gesprächen de Gaulle - Erhard

G.M. - Die verständlicherweise sehr diskret geführten Vorbesprechungen zum Erhard-Besuch in Paris sind jetzt - nach Informationen aus dem Bundeskanzleramt - soweit zum Abschluß gelangt, daß mindestens über den Themenkreis, der in Rambouillet behandelt werden soll, Einmütigkeit besteht. In Paris wird jedoch hierzu betont, diese Übereinstimmung in der Themenwahl bedeute natürlich noch keineswegs Übereinstimmung in der Beurteilung der zu erörternden Fragen.

Auch die Vorbereitungen zu einem Abschlußkommuniqué sind soweit abgeschlossen, daß man sagen kann, jeder Gesprächspartner werde von sich behaupten können, das Treffen de Gaulle - Erhard sei "ein voller Erfolg" gewesen.

* * *

Die Skizzen des Kommuniquéentwurfs gehen in Paris und Bonn gleichermaßen von der Voraussetzung aus, daß in Frankreich und in der Bundesrepublik Wahlen vor der Tür stehen und daß es im beiderseitigen Interesse liege, möglichst wenig von den keinesfalls zu verhehlenden Meinungsverschiedenheiten durchblicken zu lassen.

Aus dieser Grunde hat man davon Abstand genommen, die Frage einer möglichen Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften zu diskutieren. Die französische Seite ist in diesem Punkt formell, da de Gaulle die Institutionen in Brüssel, Luxemburg und Straßburg als "technische Hilfsmittel" betrachtet und infolgedessen deren Politisierung im Sinne einer Demokratisierung ablehnt.

* * *

Ebenfalls "ausgeklammert" wurde bei den Vorbereitungen zur Formulierung eines Abschlußkommunikés der Themenkreis, der sich auf gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen bezieht. Von deutscher Seite war betont worden, man sei zu einer weitgehenden militärischen Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn bereit, sofern diese sich in den Rahmen des NATO-Verteidigungsbündnisses einfügen lasse. Die französische Seite dagegen wollte eine deutsche Zusicherung für gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen, die in ihrer Anlage auch "eine selbständige Funktion" erfüllen könnten. Dieser französische Wunsch deckt sich ohne Zweifel mit der von de Gaulle wiederholt geforderten "von den USA unabhängigen Europapolitik". Da Bundeskanzler Erhard durch die vom Bundestag einstimmig angenommene Präambel zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag gehalten ist, nichts zuzulassen, was andere von der Bundesrepublik eingegangene internationale Verpflichtungen stören könnte, hat man französischerseits zunächst darauf verzichtet, den Bundeskanzler in einen Konflikt mit dem deutschen Parlament zu bringen. Deswegen ist anzunehmen, daß alle Formulierungen über die Verstärkung gemeinsamer Verteidigungsmaßnahmen sehr vage bleiben werden. - Das gleiche dürfte für den Problemkreis "Politische Union Europas" zutreffen. Sicher wird man in Rambouillet darüber sprechen; ob aber Zeit bleibt, um diesen Begriff klar zu definieren, ist zweifelhaft.

* * *

Unbeschadet dieser "heißen Eisen", die das Verhältnis Paris - Bonn in letzter Zeit mehrfach belastet haben, ist damit zu rechnen, daß die Problematik einer auf Frankreich und die Bundesrepublik besiedelnden Entwicklungshilfe in Lateinamerika und Afrika bei den Gesprächen in Rambouillet eine nicht unerhebliche Rolle spielen wird. De Gaulle hat in dieser Beziehung sehr klare Vorstellungen und wird voraussichtlich versuchen, dem Bundeskanzler klarzumachen, daß es besonders im Interesse

der westdeutschen Exportindustrie liege, wenn sie die guten französischen Beziehungen zu einigen lateinamerikanischen Staaten und vor allem in jenen afrikanischen Staaten, die früher zum französischen Kolonialbesitz gehörten, auch für sich ausnütze.

Man darf nicht vergessen, daß die meisten großen französischen Industrieunternehmen nach wie vor in den früheren französischen Kolonien Afrikas über ausgezeichnete Beziehungen verfügen und daß sie ein hervorragend organisiertes Netz von Verbindungsleuten zu den Regierungen der jungen afrikanischen Staaten unterhalten. In einigen dieser Staaten - zum Beispiel Senegal, Togo und Kamerun - verfügt Frankreich über eine fast absolute Monopolstellung auf dem Gebiet der industriellen Entwicklungsvorhaben. Eine deutsch-französische Koordination, bei der die Bundesrepublik natürlich nach französischen Erwartungen auch mit starken finanziellen Beiträgen aufwarten müßte, ist das Ziel der französischen Regierung bei der Erörterung dieses Themenkreises.

* * *

Obwohl in der Bundesrepublik gerade in letzter Zeit häufig laut davon getönt wurde, man müsse die guten Ostbeziehungen Frankreichs auch für die Lösung des deutschen Problems nutzbar machen, scheint man auf französischer Seite diesen Vorstellungen mit einer gewissen Reserve zu begegnen. Der Grund dafür ist einfach. In Polen und in der Tschechoslowakei weiß man, daß de Gaulle den deutschen Bestrebungen bezüglich der Oder-Neiße-Grenze wenig Sympathie entgegenbringt. Man ist dort mit der französischen Einstellung sehr zufrieden, wonach auch bei einer Regelung des Deutschlandproblems keinerlei Grenzveränderungen gewünscht werden. Zweifellosermaßen befrecht man nun auf französischer Seite, daß durch ein zu starkes deutsches Drängen, sich an die guten Beziehungen Frankreichs zu mehreren Ostblockländern "anzuhängen", eine Belastung der gaullistischen Ostpolitik in Kauf genommen werden müßte. Aus diesem Grunde wird französischerseits eher Wert darauf gelegt, daß sich die Bundesrepublik - zusammen mit der französischen Wirtschaft - vornehmlich auf wirtschaftlichem Gebiet in die französische Ostpolitik einschaltet, z.B. Bürgschaften für französische Lieferungsverträge übernimmt, als sich gemeinsam mit Frankreich auf der politischen Ebene zu bewegen.

* * *

Aus den Vorbereitungen zum Abschlußkommuniqué des Paris-Besuches von Bundeskanzler Erhard ist ersichtlich, daß die Gesprächspartner den gemeinsamen Wunsch Frankreichs und der Bundesrepublik zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands betonen und gleichermaßen die Poststellung treffen werden, wie notwendig die Lösung des Deutschlandproblems im Interesse der europäischen Sicherheit und der Erhaltung des Friedens sei.

* * *

Ein spezieller Absatz wird der Aktivierung von Konsultationen zwischen Paris und Bonn gewidmet, wobei erklärt werden dürfte, daß ein gutes deutsch-französisches Verhältnis die beste Grundlage für eine konstruktive europäische Politik sei. - Inwieweit Bundeskanzler Erhard die Absicht hat, auf Details zur praktischen Durchführung der in dem Kommuniqué zu erwartenden guten Wünsche einzugehen, ist noch unklar. Von französischer Seite wird angedeutet, de Gaulle werde mit Lobsprüchen für die Bereitschaft Erhards zur deutschen Finanzierung des europäischen Getreidepreises nicht sparsam umgehen, um auf diese Weise von seinem Gesprächspartner die Zusicherung zu erlangen, daß sich die Bundesrepublik bei der Durchführung einer gemeinsamen deutsch-französischen Politik auf andern Gebieten auch weiterhin finanziell aufgeschlossen zeigen werde.

+ + +

Regierungsgewalt in Erbpacht ?

Unfromme Wünsche der Koalitionsparteien

ler - Dr. Rainer Barzel, Fraktionsvorsitzender der CDU im Bundestag, will auch nach den Bundestagswahlen die Koalition mit der FDP fortsetzen. Die gleiche Bereitschaft ist auch bei den FDP-Vorsitzenden, dem Vizekanzler Dr. Erich Mende, vorhanden. Beide Männer glauben wohl, die Regierungsgewalt in Erbpacht genommen zu haben, beide gehen von der Annahme aus, der Wählerwille werde der gleiche sein wie 1961 und beide Koalitionspolitiker sehen ihre politische Aufgabe im Beziehen einer Kampfstellung gegen die Deutsche Sozialdemokratie. Sie wollen diese große deutsche Volkspartei von der Regierungsverantwortung in Bonn fernhalten. Dr. Barzel beruft sich auf die "gute Zusammenarbeit" beider Partner und knüpft daran die Erwartung, der Wähler werde im September dieses Jahres die Leistungen der Koalition honorieren.

Wie es mit der guten Zusammenarbeit und den Leistungen dieser Regierung bestellt ist, davon legen die ersten drei Jahre der vierten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ein bereites Zeugnis ab; sie gehören nicht zu den Lichtseiten der deutschen Nachkriegszeit. Ein Jahr Koalitionsherrschaft bescherte dem deutschen Volk die immer noch nicht abgeschlossene und viele Gemüter beunruhigende Spiegelaffäre; der damalige Verteidigungsminister mußte gehen und auch sein Chef, der jetzige CDU-Vorsitzende Adenauer bedeckte sich nicht gerade mit ehrervollen Ruhm. Wiederum ein Jahr später, im Oktober 1963, kam es zum Kanzlersturz, erzwungen von einer rebellisch gewordenen CDU. An seinem Nachfolger Erhard knüpften sich hochgespannte Erwartungen, als "Wahllokomotive" erhofften sich die Kanzlerstürzer von Erhard große, sie wieder belebende Wunder. Diese blieben aus. Die "Wahllokomotive" hat inzwischen viel Dampf ablassen und die CDU bei den verschiedenen Kommunal- und Landtagswahlen manche empfindliche Schlappen hinnehmen müssen.

Die Ohnmacht der Regierung, zu führen, fand ihren Niederschlag in ihrer Unfähigkeit, entscheidende in verschiedenen Regierungsankündigungen angekündigte Gesetzesvorhaben durchzuführen. So blieb die Reform der Krankenversicherung stecken, sie wird als ein zu heißes Eisen wieder auf die lange Bank geschoben. Die Finanzreform mit dem zu erstrebenden gerechten Ausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden blieb auf dem Papier, beide Koalitionspartner fanden nicht den Mut, an dieses Kernstück einer gesunden demokratischen Ordnung heranzugehen. Mit den deutschen Bauern führte die von Erhard geleitete Regierung ein trauriges Possenspiel. Erst hieß es, eine Herabsetzung des Getreidepreises käme auf "keinen Fall" infrage - Landwirtschaftsminister Schwarz hoffte auf eine inflationäre Entwicklung in den EWG-Ländern. Doch dann mußte Erhard, weil es eben nicht anders ging, von seinem hohen Roß herunter. In der Deutschlandpolitik haben die Koalitionsparteien nur Minuspunkte aufzuweisen; ihre vielschillernden "Initiativen" erwiesen sich als Seifenblasen. Was die Koalition noch an Gesetzeswerken in Geschwindigkeit zu verabschieden gedankt, wird bestimmt von Bühnen um die Gunst des Wählers.

Das also sind die Leistungen, von denen Barzel und Mende glauben, der Wähler werde sie honorieren. Machen sie nicht hier eine Rechnung ohne den Wirt?

Kulissenkrampf

Erhards Stellung innerhalb der CDU

war. - Kraftlose Gesten, die Geschlossenheit innerhalb der Führungsgremien der Unionsparteien vortäuschen - dieser Mythos zerplatzt. Er kann jeweils nur für kurze Zeit und nur für allzu Gütgläubige aufrechterhalten bleiben. Wenn bei den disharmonischen Konzerten wieder ein wohlberechneter Paukenschlag an richtiger Stelle und zur rechten Zeit erfolgt - wie oft eigentlich in der glanzlosen Erhard-Ära? - so daß er für alle unüberhörbar geworden ist, ebensooft erfolgt das unvermeidliche Dementi. Man nimmt zur Kenntnis und denkt sich seinen Teil.

Aber es gibt ja nicht nur die "Rheinische Post", die auf die disvergierenden Kräfte in der Union hingewiesen hat, die Vorbehalte werden, je nach Temperament, in verschiedenen Schattierungen vorgebracht. In keinem Fall sind sie zu überhören. In der Führungsgruppe der Union kriselt es derzeit weiter und die heterogenen Kräfte sind allemal stärker als der einhellig verkündete Wunsch nach völliger Einigkeit.

Da ist einmal der Bundeskanzler, dem vom politischen Clan des Altbundeskanzler bescheinigt wird, daß er über keine Autorität verfüge und daß es ihm nicht gelungen sei, "seine Popularität" auf die CDU/CSU zu übertragen. Der Autoritätsschwund des so lethargisch im "Rheinischen Merkur" Beklagten, bezieht sich nicht nur auf sein sorgsam gepflegtes Image als "Volkskanzler", die Kritiken zielen auch auf jene Instrumente, wo Erhard ohne jeden Einfluß geblieben ist: Auf die Führungsgremien der CDU/CSU.

Die Parteispitze wird von seinen erbittertesten Freunden beherrscht, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, den in Rankünen unerfahrenen Professor auszuspielen - kurzum aufs Kreuz zu legen. Seinen Groll, wenn dieser müde Mann dazu überhaupt noch fähig ist, versucht er dann mit untauglichen Mitteln, mit viel Ungeschick, an untauglichem Objekt loszuwerden. Die Opposition hält's aus, wenn Erhard hilflos poltert: "Ich kriege sie aus ihren Löchern nicht mehr heraus..."

Negative Bilanz

Die Bilanz des vergangenen Regierungsjahres ist negativ, soweit die Buchhalter der Unionsparteien auch bemüht sein mögen, den Saldo entsprechend unzufrisieren. Eine dem Kanzler ganz wohlgesonnene Zeitung wollte die Leser damit trösten, daß eine Art Entwicklungsstörung vom Kanzler nun überwunden sei. Er habe umgeschaltet.

Die schlichte Manier, wie ein Schneepflug die Schneemassen vor sich herzuschieben - das versuchte er seinen Meister abzuschauen - hat ihm im aussenpolitischen Bereich in eine Lage kommen lassen, die die deutschen Gaullisten in Alarmstimmung versetzt haben. "Adenauers Werk gefährdet?" Die Überschrift ist mit einem Fragezeichen versehen, der Text ist im Komperativ gehalten und wird sich, wenn die Gespräche den Erwartungen nicht entsprechen, zum Superlativ steigern. Damit ist auch der Aussenminister unter Beschuß geraten. Die Kritik ist unverhüllt und wird zum Teil in so boshafter Form vorgebracht, daß sich der Zeitgenosse fragen muß: Welcher Partei gehört der Aussenminister eigentlich an?

Da schreibt der oben genannte rheinische Götterbote als Replik zu einer Lobpreisung der "Welt" folgendes:

- * "... Da stutzte der Weihnachtsmann. Er zog seinen Rotstift
- * und malte einen ganzen Wald von Fragezeichen neben den
- * Stresemann-Vergleich und schrieb an der Rand: "Trifft bei-
- * der nur für Schröders Stresemann-Anzug zu ..."

Eine andere, der CDU nahestehende Zeitung (Neue Presse), schrieb unverblümt in ihrer Überschrift: "Lübkes Nachhilfestunde" und der Inhalt sparte nicht mit herber Kritik am Außenminister.

Auch der Wohlgezonnenste muß feststellen: Hinter geschlossenem Vorhang ist die Unionsführung hoffnungsvoll zerstritten, während auf offener Bühne ein fröhlicher Akt schlecht geminter Einigkeit gespielt wird. Nun, die Union mag einwenden, daß Pressefreiheit bestehe und daß sie nicht auf alle Zeitungen einen direkten Einfluß ausübe. Richtig, das täuscht aber nicht darüber hinweg, daß die unterschiedlichen Gruppierungen sich in ihren Presseorganen zu Worte melden. Wenn oben nichts los ist, kann unten nichts berichtet werden. Wen trifft es? Schröder wird geprügelt und der Kanzler ist mit gemeint! Im "Rheinischen Merkur" heißt es an anderer Stelle:

- * "... Das Hin und Her der Regierungspolitik ... läßt der
- * Regierungschef nicht mehr so sehr als der Schiedsrich-
- * ter zwischen und über w i d e r s t r e i t e n d e n
- * Interessen und Meinungen erscheinen, sondern als Indika-
- * tor des jeweiligen Kräfteverhältnisses ..."

In die Mühlsteine der CDU geraten

Wahrscheinlich nicht, denn der Kanzler ist selbst zwischen die Mühlsteine seiner CDU-Mühle geraten und wenn ihm nur die Rolle eines technischen Registrators zugewiesen wird, so haben das ihm seine Freund-Feinde testiert - nicht die Opposition.

Man muß wissen, daß sich jener Götterbote "Merkur" um den Patriarchen in Rhöndorf gruppiert.

Wenn darum angekündigt ist, Schröder werde bei den Gesprächen Erhard-de Gaulle nur die Rolle eines Zaungastes spielen und man gleichzeitig erklärt, daß "völlige Einigkeit" in den Anschauungen besteht, so kann sich die Einigkeit nur auf das Negative dieses zerbrochenen Bündnisses beziehen. Es ist offensichtlich, daß sich der Kanzler den divergierenden Kräften in der CDU/CSU-Hierarchie als Indikator wieder mal gebeugt hat. Ähnliches war schon bei den Agrarverhandlungen in Brüssel widerfahren, als Erhard seine bisher kraftvoll verkündete Position schlagartig verlassen mußte. Und in Rambouillet?

Wir wissen: Stunden keine Wahlen vor der Tür, so wäre das Drama in der Wolfsschlucht bereits über die Bühne gegangen. Mit der silbernen Kugel schoß Erhard in den Wind.

Schweiden weiter vorbildlich = Einmalige Forschungsstätte

Das Wenner-Gren-Center in Stockholm

sp - Seit zwei Jahren arbeitet im Zentrum von Stockholm das Wenner-Gren-Center, das eine wohl einmalige Forschungsstätte der internationalen Wissenschaft darstellt. Der schwedische Staat griff seinerzeit die Idee des inzwischen verstorbenen Industriellen Wenner auf, der sechs Millionen Mark für das Projekt aus eigener Tasche zahlte. Der schwedische Staat und die Stadt Stockholm bauten dann das hochmoderne Wissenschaftszentrum für 30 Millionen, das inzwischen schon von mehr als tausend Forschern aus der ganzen Welt für wissenschaftliche Arbeiten in Anspruch genommen wurde. Darunter befanden sich viele Nobelpreisträger.

Im Mittelpunkt des universalen Forschungsinstituts steht ein 25 Etagen hoher Hochhausstrakt, in dem viele Institute untergebracht worden sind. Hier liegen die Kanzleien und Koordinierungsbüros und die Zentren der großen wissenschaftlichen Gesellschaften. Das Atomforschungszentrum bietet seine Erkenntnisse an. Elektronengehirne und Computer stehen zur Verfügung. Technologische Institute und solche für Sozialforschung fehlen nicht.

Diese Massierung hat sich besonders für jene Wissenschaftler verdient gemacht, deren Arbeiten sich über mehrere Fachgebiete erstrecken, was bei der enormen Spezialisierung unserer Zeit von großem Nutzen ist. Dieses Forschungszentrum wird den Wissenschaftlern praktisch kostenlos vom schwedischen Staat angeboten. Gegenwärtig arbeiten im Wenner-Gren-Center in Stockholm Experten aus 33 Staaten. Dabei zeigt es sich, daß besonders die jungen Wissenschaftler aus den Entwicklungsländern großen Nutzen aus der Einrichtung ziehen, weil man sich hier auch vor dem Hintergrund der modernen Einrichtungen und der weltweiten Atmosphäre besser kennenlernen kann und kollegial weiterhilft. Die Schweden betrachten ihr Wenner-Gren-Center auch als eine neue Form der Entwicklungshilfe für die Heranbildung der wissenschaftlichen Elite Asiens und Afrikas.

Vorbildlich haben die Schweden auch die Lebensbedingungen für die Familien der Wissenschaftler gelöst. Im den Hochhausstrakt zieht sich halbkreisförmig ein vierstöckiger Wohnbau mit Balkon-Galerien. Hier liegen die Junggesellen-Wohnungen, bestehend aus großen behaglichen Zimmern mit Küchen und Bädern bis zu den großen komfortablen Vier-Zimmer-Wohnungen. Alles ist im besten schwedischen Wohnstil ausgestattet. Selbst Bettwäsche, Bestecke und elektrische Küchengeräte fehlen nicht. Hausgehilfinnen und Reismackefrauen stehen zur Verfügung. Eigene Kindergärten und Spielschulen werden von Kindergärtnerinnen beaufsichtigt, die mehrerer Sprachen mächtig sind.

Die Wohnungen selbst müssen bezahlt werden. Die nicht billige Miete liegt zwischen 300 und 900 DM monatlich, ein Preis, der den Schweden bei seinem sehr hohen Lebensstandard an sich nicht schreckt. Für viele Wissenschaftler aus den Entwicklungsländern ist der Mietpreis jedoch zu hoch. Der schwedische Staat gibt dann Beihilfen. Er gibt auch hohe Stipendien für Experten, die den Besuch im Wenner-Gren-Center nicht bezahlen könnten. Er bietet ihnen im Raum von Stockholm auch die großen modernen Kliniken und Laboratorien an, um die eigene Forschungsarbeit durch eine Art Praktikanten-Tätigkeit zu unterstützen.